

NZZ am Sonntag

Nach dem Pitbull-Prozess den Glaubenskrieg beenden

Das Bezirksgericht Dielsdorf (ZH) urteilte am Freitag über den Pitbull-Halter, dessen Hunde vor einem Jahr in Oberglatt einen Kindergärtler zu Tode gebissen hatten. Das Gericht befand, der Mann sei mitschuldig am Tod des Knaben, und bestrafte ihn mit zweieinhalb Jahren Gefängnis. Seine Freundin und der Mieter der Wohnung, aus der die Pitbulls entwichen waren, erhielten bedingte Gefängnisstrafen. Mit dem Schuldspruch wegen fahrlässiger Tötung ist ein Fall abgeschlossen, der die Gefühle aufwallen liess. Der Richterspruch ist eine Chance. Er könnte helfen, den Glaubenskrieg um die Gefährlichkeit von Hunden zu beenden. Angst vor Hunden haben zwar viele, aber ein Hund ist letztlich das, was der Halter aus ihm macht. Das besagt auch das Urteil vom Freitag: Es geht um die Tat eines Mannes, der seine Sorgfaltspflicht aufs Gröbste verletzt hat. In der Umgangssprache würde man sagen: der den Verstand verloren hat. Der Fall liegt also jenseits jeder Hündeler-Normalität, und davon sollte die Politik Kenntnis nehmen. Er eignet sich nicht zur Begründung von neuen Gesetzen. Der damalige Bundesrat Joseph Deiss reagierte viel zu hektisch auf den Fall Oberglatt; sein Auftrag, ein neues eidgenössisches Hundegesetz zu schaffen, liegt nun bei einer Kommission des Nationalrats. Auch die Kantone sind daran, Regeln aufzustellen - als ob es sinnvoll wäre, in der Schweiz 26 verschiedene Gesetze zu schaffen. Man sollte die Bemühungen beenden. Verantwortungsbewusstsein lässt sich nicht verordnen. Eine Hundepolizei samt Apparat für Durchführung und Kontrolle von Halterprüfung und Maulkorbzwang braucht niemand. Für Leute, die den Verstand verloren haben, greift das bestehende Recht. *(nck.)*